

Das Ende der Kohle unter Dach und Fach bringen

Wahre Kosten der Fossilen einpreisen, Risiken CO₂-armer Investitionen reduzieren, Entwicklungsländer unterstützen

KURZFASSUNG

Viele Länder rund um den Globus sind nach wie vor stark auf CO₂-intensive Kohlekraftwerke angewiesen. Während in Industrieländern oft ein Kohleausstieg diskutiert wird, investieren Entwicklungs- und Schwellenländer meist verstärkt in Kohle, um den wachsenden Energiebedarf zu decken. Kohle gilt dort als billigste Energiequelle – sofern negative Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit unberücksichtigt bleiben. Denn die Finanzierungskosten der Erneuerbaren sind immer noch hoch.

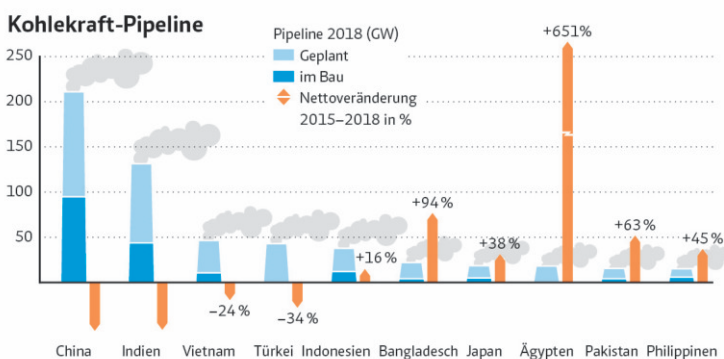
Um mehr entsprechende Investitionen in Industrie- und Entwicklungsländern zu fördern, müssen die Subventionen für fossile Brennstoffe abgeschafft und ausreichend hohe CO₂-Preise auf internationaler Ebene eingeführt werden. Darüber hinaus müssen die Finanzierungskosten für Erneuerbare in Entwicklungs- und Schwellenländern gesenkt werden. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung könnten dazu verwendet werden, um mögliche negative Auswirkungen der Klimapolitik auf ärmere Haushalte auszugleichen.

1. Das Problem

Um die Erwärmung wie im Paris-Abkommen vereinbart auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, dürfen die seit 2011 kumulierten Emissionen 1000 Gigatonnen CO₂ nicht übersteigen. Doch viele Länder investieren nach wie vor stark in CO₂-intensive Kohlekraftwerke. Einmal gebaut, haben diese meist eine Lebensdauer von 40 Jahren oder mehr. Die Emissionen sind somit für Jahrzehnte festgeschrieben. Würden alle im Bau befindlichen und geplanten Kohlekraftwerke gebaut und bis zum Ende ihrer Lebensdauer betrieben, würden sie fast die Hälfte des restlichen CO₂-Budgets aufbrauchen. Daher ist eine globale Energiewende weg von der Kohle bis zur Mitte des Jahrhunderts nötig.

2. Die Ursachen

Seit der industriellen Revolution hat das Wirtschaftswachstum Hunderte von Millionen Menschen aus der Armut befreit. Doch das Wachstum ging Hand in Hand mit einem starken Anstieg der Energienachfrage. Da dieser Bedarf oft durch Kohle gedeckt wurde, sind auch die Emissionen gestiegen. Die Kohleinvestitionen in China und Indien haben sich zuletzt zwar etwas verringert, doch das wird teilweise aufgehoben.



FALLBEISPIEL: Strukturwandel in Deutschlands Braunkohleregionen

Der Ausstieg aus der Braunkohle in Deutschland kann sozial abgefedert werden, indem in die Beschäftigten statt in die Unternehmen investiert wird. Um Gehaltseinbußen zu vermeiden, könnte etwa die Lohndifferenz zum neuen Job erstattet werden. Auch die Möglichkeit eines besonders frühen Vorruhestands ist denkbar. Nicht allen derzeit Beschäftigten droht zudem die Arbeitslosigkeit, ein Drittel ist bereits über 55 Jahre alt. Schon jetzt verlassen rund zehn Prozent der Beschäftigten jährlich die Braunkohleindustrie, meist in den Ruhestand.

